

Jana Fritsche · Christoph Kreutzmüller

## Eine Topographie der Gewalt

Übergriffe auf Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich 1930–1938<sup>1</sup>

Anfang der 1930er-Jahre waren Jüdinnen und Juden – oder Personen, die dafür gehalten wurden –, deren Geschäfte, Kanzleien und Praxen sowie die Betstuben, Friedhöfe und Synagogen der Gemeinden immer häufiger Übergriffen ausgesetzt. Bereits im Januar 1930 musste die Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (*C.V.-Zeitung*) konstatieren, dass eine „rechtsradikale Welle“ der Gewalt im Deutschen Reich zu verzeichnen sei.<sup>2</sup> Am 8. Juli 1932 veröffentlichte die *C.V.-Zeitung* einen Bericht über Schändungen jüdischer Friedhöfe im zurückliegenden Jahrzehnt. Demnach waren seit 1923 insgesamt 125 Friedhöfe heimgesucht worden. Die Tendenz war eindeutig. Übersichtlich nach Reichsländern zusammengefasst, wird der erschreckende Anstieg der Übergriffe ab 1930 dokumentiert. Bereits im ersten Halbjahr 1932 hatten mehr Übergriffe stattgefunden als im gesamten Jahr 1931. Gewalt war, wie Michael Wildt in seiner maßgeblichen Studie „Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung“ zu Recht betont, nicht nur „Kern“ der nationalsozialistischen Politik, sondern auch ein machtvolles Propagandainstrument.<sup>3</sup> Mit dem Wahlerfolg bei der Reichstagswahl 1930 explodierte die „gewalttätige ‚Propaganda der Tat‘“ der Nationalsozialisten – und ihrer Helfershelfer.<sup>4</sup>

Mehr noch als Verwaltungsakte hatten diese Gewalttaten jüdisches Leben bereits vor den Pogromen des Jahres 1938 empfindlich beeinträchtigt, teilweise schon zerstört. Im Längsschnitt stellt das Jahr 1933 eine Zäsur dar – auch wenn dieser Einschnitt sich vielleicht weniger „schlagartig“ gestaltete, als in der Literatur oft angenommen wird.<sup>5</sup>

1 Wir danken Dagmar Ganzloser, Michael Geiger, Leonore Maier, Aubrey Pomerance, Theresa Polley vom Jüdischen Museum Berlin. Unser Dank gilt zudem Ulrich Baumann und Uwe Neumärker von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die uns ihre Datensammlung zu Übergriffen im Pogrom zur Verfügung stellten, sowie Franziska Schurr, die die Datensätze einer Überprüfung unterzog.

2 Rechtsradikale Welle, in: Zeitung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (*C.V.-Zeitung*), 10. 1. 1930.

3 Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, S. 68.

4 Ebenda, S. 90.

5 Claudia Flümman, „... doch nicht bei uns in Krefeld!“. Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933–1963, Essen 2015, S. 4.

Unbestreitbar wurden Schutzmechanismen außer Kraft gesetzt und Jüdinnen und Juden durch Schikanen der Verwaltung drangsaliert. Das Regime sanktionierte in der Regel nicht mehr die Gewaltakte, sondern die Berichte darüber. Statistische Erhebungen der Qualität, wie sie in den Berichten des Central-Vereins (CV) zuvor zu finden waren, wurden nicht mehr fortgeführt – oder sind nicht überliefert. Im Laufe weniger Jahre wurden gegen Jüdinnen und Juden gerichtete Schikanen und Attacken zur Gewohnheit. Ein Vorfall, der 1933 vielleicht noch für eine Zeitungsmeldung, einen Aktenvermerk eines Beamten oder ein Protestschreiben des oder der Betroffenen gesorgt hatte, schien Anfang 1938 nicht mehr des Aufhebens wert.<sup>6</sup> Deshalb wissen wir relativ wenig über das Ausmaß der Übergriffe und kennen allenfalls die Konturen der Topographie der Gewalt in der Fläche. Wie können wir Daten 80 Jahre nach den Ereignissen noch erheben? Wie können wir die Entwicklung beschreiben? Wer waren die Täter und was genau waren wann ihre Ziele? Und: Was entzieht sich unserem Blick?

In der neuen Dauerausstellung des Jüdischen Museums Berlin wird im Bereich „Katastrophe“ – in Kooperation mit Fabian Ehmel und Marian Dörk von dem UCLAB der Fachhochschule Potsdam unter Mitwirkung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz – erstmals der Versuch unternommen, die flächendeckende Gewalt zwischen 1930 und 1938 zu visualisieren.<sup>7</sup> Die „Topographie der Gewalt“ in Form einer animierten Karte wird dem Verzeichnis der antijüdischen Gesetzesakte gegenübergestellt. Ein Terminal, auf dem die Einträge zu den einzelnen Orten nachgeschlagen werden können, ergänzt die Karte. Die Kartenanimationen und die Daten sind zudem in einer Webanwendung online zugänglich.<sup>8</sup> Angesichts evidenter Fehlstellen sollen hier im Sinne einer partizipativen Anreicherung auch Ergänzungen lokaler Forscherinnen und Forscher und Initiativen angeregt werden. Im Folgenden werden konzeptionelle Grundlagen und erste Erkenntnisse des Projekts vorgestellt.

## Von der Gewalt gegen Jüdinnen und Juden zu einer Karte der Gewalt

Die der Karte zugrunde liegende Datensammlung basiert auf einer systematischen Auswertung der rund 270 in der Joseph Wulf Bibliothek der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz gesammelten Lokalstudien zu Nationalsozialismus bzw. jüdischem Leben. Etwa vier Fünftel der Publikationen stammen aus den fünf einwohnerstärksten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg,

6 Vgl. Die Verfolgung wird immer schärfer, in: Pariser Tagezeitung, 1. 1. 1938.

7 Fabian Ehmel, Ethische Datenvisualisierung – Eine Untersuchung am Beispiel antisemitischer Gewalttaten im Deutschland der 1930er Jahre, Bachelorarbeit im B.A. Interfacedesign. Fachhochschule Potsdam, 2020. Siehe zum Urban Complexity Lab (UCLAB): <https://uclab.fh-potsdam.de/> [3. 5. 2020].

8 Siehe <https://www.jmberlin.de/topographie-der-gewalt>.

Hessen, Niedersachsen und Bayern. Auffallend viele Studien erschienen zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms 1988, ein weiterer großer Teil dann in den 1990er-Jahren nach Öffnung der Archive in Osteuropa. In der DDR wurden vergleichbare Arbeiten zeit ihres Bestehens nicht publiziert. Bis heute unterrepräsentiert sind die Gemeinden, die sich im heutigen Polen oder Russland befinden. Lediglich sieben Publikationen sind hierzu bislang erschienen.

Neben den Lokalstudien – die durch einige Überblicksdarstellungen wie den erwähnten Band von Michael Wildt ergänzt wurden<sup>9</sup> – sind auch zeitgenössische Analysen und Berichte in den Datensatz eingeflossen. Genannt seien beispielsweise das 1934 vom Comité des Délégations Juives in Paris herausgegebene „Schwarzbuch“ oder die „Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (Sopade).<sup>10</sup> Infolge der nationalsozialistischen Verfolgung und Zensur verlagerte sich die Berichterstattung zusehends ins Ausland. Während die *C.V.-Zeitung* für die Jahre des Untergangs der Weimarer Republik eine wichtige Quelle darstellte,<sup>11</sup> erschienen Meldungen über Übergriffe auf Jüdinnen und Juden im Verlauf des Frühjahres 1933 allenfalls vereinzelt in Zeitungen außerhalb des Reichs wie dem *Pariser Tageblatt*, das im Juni 1936 in der *Pariser Tageszeitung* aufging. Das Exilblatt konnte jedoch nicht auf eigene Korrespondenten zurückgreifen, sondern übernahm Informationen von Journalisten der angelsächsischen Presse, die allerdings keinen freien Zugang zu Informationen hatten. Sie hörten vielleicht, was in den Zentren der Großstädte geschah, wussten aber selten von Geschehnissen in der Peripherie.<sup>12</sup> Einen freieren Zugang zu Informationen hatten natürlich NS-Institutionen. Entsprechend waren die Gestapo- und SD-Berichte, die Berichte der Ober- und Regierungspräsidenten und die Lageberichte der Justiz sowie der NSDAP, die Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel edierten, von großem Wert für das Ausstellungsprojekt.<sup>13</sup>

Angesichts beschränkter Ressourcen – die Recherchen fanden neben anderen kuratorischen Arbeiten für die neue Dauerausstellung im Jüdischen Museum statt – wurden hauptsächlich Aktenbestände eingesehen, die einen gebündelten Zugang zu Hinweisen

9 Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*; Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999.

10 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1934–1939)*, Prag 1934, abgedruckt in: Klaus Behnken (Hrsg.), *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. 7 Jahrgangsbände als Nachdruck*, Frankfurt a. M. 1980.

11 Central-Verein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens (Hrsg.), *Central-Verein-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum*, Berlin 1922–1933. Die Ausgaben sind voll digitalisiert und einsehbar über den Universitätsbibliothekskatalog der Goethe Universität Frankfurt am Main: <http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2277379> [8. 5. 2020].

12 Christoph Kreuztmüller, *Augen im Sturm? Britische und amerikanische Zeitungsberichte über die Judenverfolgung in Berlin 1918–1938*, in: *ZfG* 62 (2014) 1, S. 25–48, hier S. 27–30.

13 Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004.

auf Übergriffe versprochen. Hier handelte es sich einerseits um Akten zu Interventionen der Länder Frankreich, Lettland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zum Schutz ihrer Staatsbürger im Deutschen Reich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes.<sup>14</sup> Diese Überlieferung war besonders für Übergriffe in Großstädten und im Grenzbereich ertragreich. Andererseits wurden die im Reichswirtschaftsministerium angelegten Aktenbände zu „Judenboykott und Tumultschäden“ (ab 1934 nur noch „Tumultschäden“) im Bundesarchiv eingesehen.<sup>15</sup> Die umfangreichen Akten des CV, die noch immer in Moskau liegen, aber als Mikrofilmkopie in der Wiener Library London zugänglich sind, konnten hingegen nur teilweise eingearbeitet werden. Dies ist umso bedauerlicher, weil sie von herausragendem Wert sind und die Perspektive der Betroffenen dokumentieren. Allerdings stellen diese Akten auch die Grundlage der Studie von Michael Wildt dar und sind mithin auch vermittelt eingeflossen.

Aufgenommen wurden alle gegen Jüdinnen und Juden gerichteten Übergriffe, denen ein Tatort und Tatzeitpunkt (bzw. Tatjahr) zugeordnet werden konnte. Aufgelistet wurden also weniger einzelne Vorfälle als vielmehr Orte, in denen Übergriffe belegt werden konnten. Zugunsten einer klaren Abgrenzung blieben Hinweise auf die „immer unerträglicher werdende Lage“<sup>16</sup> oder die „nach 1933 einsetzenden Schikanen“<sup>17</sup> unberücksichtigt. Auch eine Beschreibung, dass die NSDAP-Ortsgruppe in Arolsen Anfang 1931 „massiv“ auf Eltern „eingewirkt“ habe, damit sie ihren Kindern verbieten, mit Juden zu spielen, wurde nicht aufgenommen. Wir müssen annehmen, können aber nicht nachweisen, dass die „massive“ Einwirkung mit Gewalt einherging.<sup>18</sup> Ebenso führte die Aktennotiz eines Mitarbeiters des CV über eine Fahrt nach Hessen-Nassau, dass „kleine Anrempeleien, Steinwürfe und Beschimpfungen [...] in verschiedenen Orten vorgekommen“ seien, zu keinem Eintrag in der Datentabelle, weil keine konkreten Ortsnamen genannt wurden.<sup>19</sup>

Wo immer möglich, wurden die Kontexte festgehalten, in denen die Gewalt ausgeübt wurde. Sofern Informationen vorlagen, belegt ein Vermerk, dass die Täter Mitglieder der Schutzstaffel (SS), Sturmabteilung (SA), der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der Hitlerjugend (HJ) oder anderer Organisationen waren. Unterschieden wurde zudem zwischen Gewalt in wirtschaftlich-unternehmerischen, sakral-religiösen sowie privaten Zusammenhängen. Übergriffe gegen Personen konnten körperliche Misshandlungen, öffentliche Demütigungen, Raubüberfälle oder Durchsuchungen, Zerstörungen und

14 Vgl. Tschechoslowakische Juden in Deutschland, in: Prager Tagblatt, 15. 3. 1933, Tschechoslowakische Intervention in Berlin, in: Prager Tagblatt, 31. 3. 1933.

15 Bundesarchiv (BArch), R 3101, 13859–13865.

16 Martin Ruch, 700 Jahre Geschichte der Juden in Gengenbach. 1308–2008, Willstätt 2008, S. 71.

17 Anna Schmidt, Hattersheim, Eddersheim, Okrifel im Nationalsozialismus. Diktatur, Widerstand, Verfolgung 1933–1945, Hattersheim a. M. 2008, S. 57.

18 Michael Winkelmann, „Auf einmal sind sie weggemacht“. Lebensbilder Arolser Juden im 20. Jahrhundert. Eine Dokumentation, Kassel 1992, S. 113.

19 Bericht des CV über eine Fahrt nach Hessen Nassau, 19. 8. 1935, Wiener Library London (WL), 721/1/98 (MF Doc 55/1).

Plünderungen der Wohnungen und Häuser von Privatpersonen sein. Übergriffe gegen sakrale Institutionen beinhalteten jegliche Schändung und Zerstörung von jüdischen Friedhöfen, Betstuben und Synagogen wie auch Störungen der dort stattfindenden Versammlungen sowie Angriffe auf deren Besucher. Sind die Übergriffe gegen sakrale Institutionen relativ einfach zu fassen, gestaltet sich dies im Fall von Gewerbebetrieben – in der Forschung häufig noch unter dem Begriff des Boykotts subsumiert – deutlich komplexer.<sup>20</sup> Besonders bei Personengesellschaften liegt es in der Natur der Sache, dass die Unterscheidung, ob eine Person als Gewerbetreibender oder sozusagen als Privatperson angegriffen wurde, zuweilen schwierig ist. Sicher galten aber alle Formen der Geschäftsblockade wie Schmierereien und Kennzeichnungen von Geschäften, schriftliche und fotografische Erfassung der Kundschaft sowie deren Anprangerung, aber auch jegliche Art der Zerstörung – von eingeschlagenen Fensterscheiben bis zur vollständigen Demolierung der Geschäftsräume – vornehmlich den Unternehmen. Fanden Misshandlungen der Inhaber in oder in der Nähe des Geschäftslokals statt, sind sie ebenfalls als Gewalt gegen Unternehmen gewertet worden.<sup>21</sup> Auch die gewaltsame Vertreibung von Händlern aus Dörfern und ihre Ausschließung von Märkten gehören in diese Kategorie.<sup>22</sup>

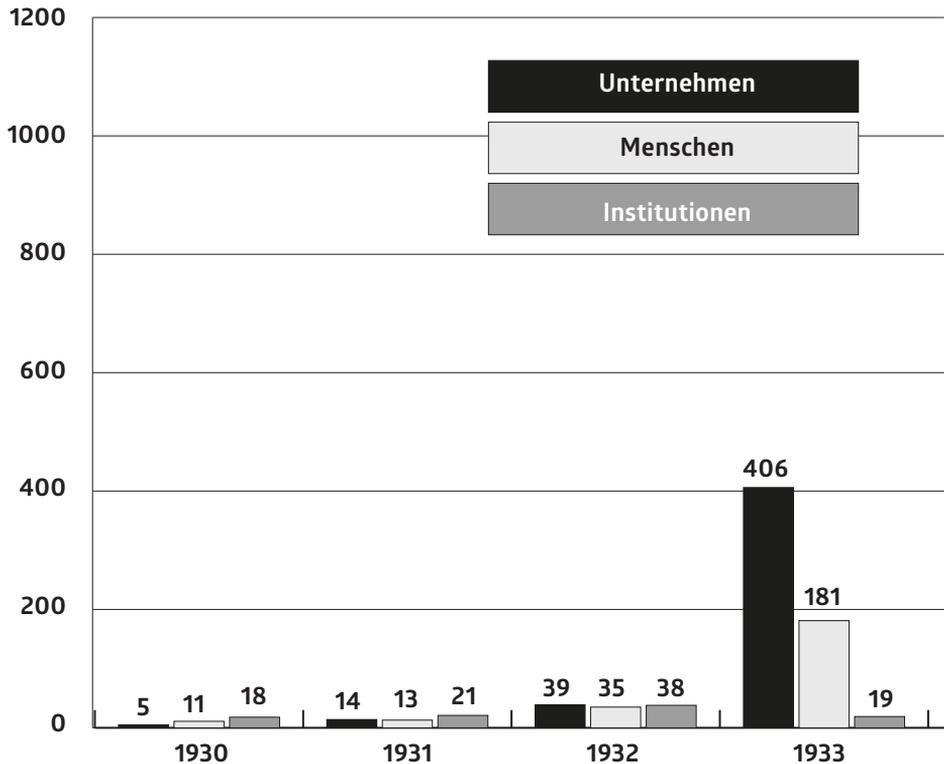
Die gewählte Mischform aus quantitativer und qualitativer Erfassung führte zu standardisierten Einträgen wie „Zerstörungs- und Blockadeaktionen gegen jüdische Unternehmen“, „Zerstörung jüdischer Wohnungen. Demütigung und Misshandlung jüdischer Personen“ oder „Schändung und Zerstörung der Synagoge“ und auch zu genauen Beschreibungen der Übergriffe. Die standardisierten Einträge ermöglichen im Hinblick auf Häufigkeit und Ausmaß eine Vergleichbarkeit der Übergriffe über die Jahre hinweg. Eine genauere Beschreibung der judenfeindlichen Handlungen wurde zumeist in jenen Fällen vorgenommen, die nicht in eine der Formeln passten, die also beispielsweise mit extremer Brutalität oder einer außergewöhnlichen Vorgehensweise einhergingen. Die Statistik zeigt, dass sich, wie Wolf Gruner jüngst festgestellt hat, die Struktur der Gewalt änderte. Anfangs waren es vor allem Friedhöfe,<sup>23</sup> die von den

20 Christoph Kreutzmüller, *Picketing Jewish-Owned Businesses in Nazi Germany. A Boycott?* in: David Feldman (Hrsg.), *Boycotts Past and Present. From the American Revolution to the Campaign to Boycott Israel*, London 2019, S. 97–113.

21 Vgl. hierzu Hannah Ahlheim „Deutsche, kauft nicht bei Juden“. Antisemitismus und politischer Boykott in Deutschland 1924 bis 1935, Göttingen 2011; Christoph Kreutzmüller, *An den Bruchlinien der Volkswirtschaft. Jüdische Gewerbebetriebe in Berlin 1918 bis 1933*, in: Christina von Braun (Hrsg.), *Was war deutsches Judentum*, Berlin/Boston 2015, S. 237–247.

22 Vgl. hierzu Stefanie Fischer, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt. Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919–1939*, Göttingen 2014.

23 *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, Bd. 1: *Deutsches Reich 1933–1937*. Bearb. von Wolf Gruner, München 2008, sowie Marion Neiss, *Friedhofsschändungen*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 3: *Begriffe, Theorien, Ideologien*, Berlin 2010.

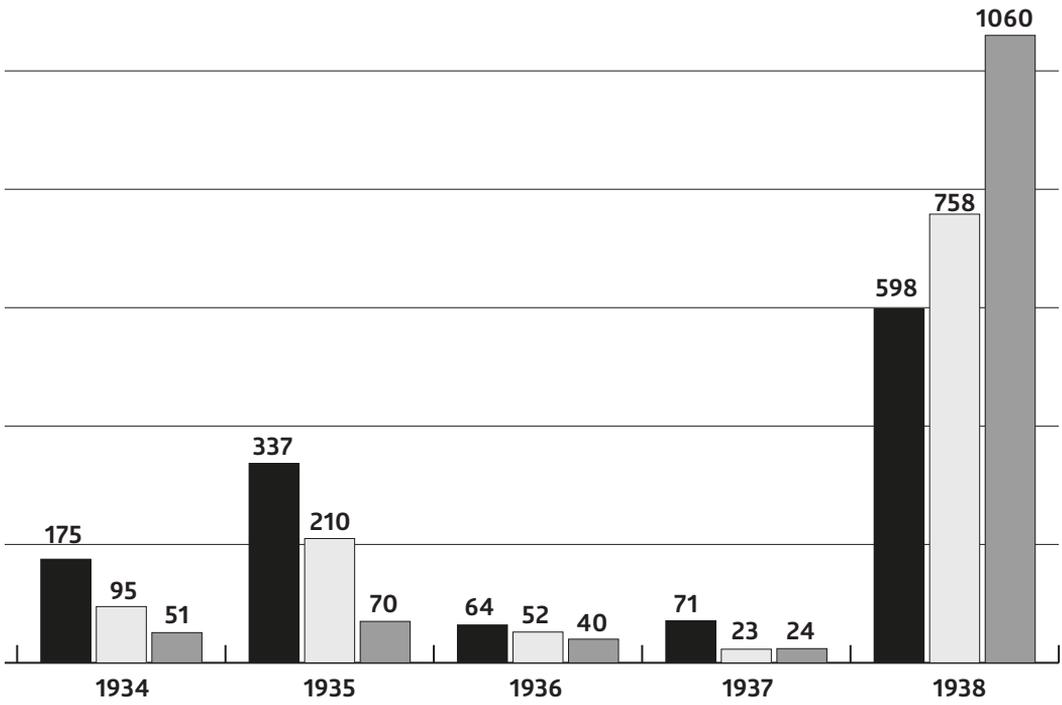


Ziele der Übergriffe (Unternehmen, Personen und Institutionen)

Nationalsozialisten und ihren Helfershelfern geschändet wurden. Zu den „weichen Zielen“ gehörten auch Unternehmen, die zwischen 1933 und 1937 zu Schwerpunkten der Übergriffe wurden. Fortwährend kam es aber auch zu Angriffen auf Menschen – bis hin zu Mord und Totschlag.

Natürlich können wir nur über Ereignisse berichten und sprechen, die festgehalten und überliefert wurden. Gewaltandrohungen entziehen sich in der Regel unserem Wissen. Es ist zwar bekannt, dass Jüdinnen und Juden insbesondere in kleineren Gemeinden untersagt wurde, bestimmte Orte zu betreten. Immer wieder drohten die Nationalsozialisten dabei auch direkt mit Gewalt. Im Oktober 1935 verfügte der Reichsinnenminister, dass Schilder, die offene Morddrohungen enthielten und an neuralgischen Punkten standen, abgebaut werden mussten.<sup>24</sup> Doch auch die Überlieferungen der dann tatsächlich begangenen Gewalttaten ermöglichen es oft nicht, eine genaue Anzahl der Übergriffe zu ermitteln. Wenn laut einer Quelle eine Gruppe SA-Mitglieder durch einen Ort zog und die Fensterscheiben von Häusern und Geschäften jüdischer Personen zerschlug, wurde nur in den seltensten Fällen vermerkt, wie viele Gebäude,

<sup>24</sup> Schreiben des Regierungspräsidenten Potsdam an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, 18. 10. 1935, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 2 A, I Pol 1920.

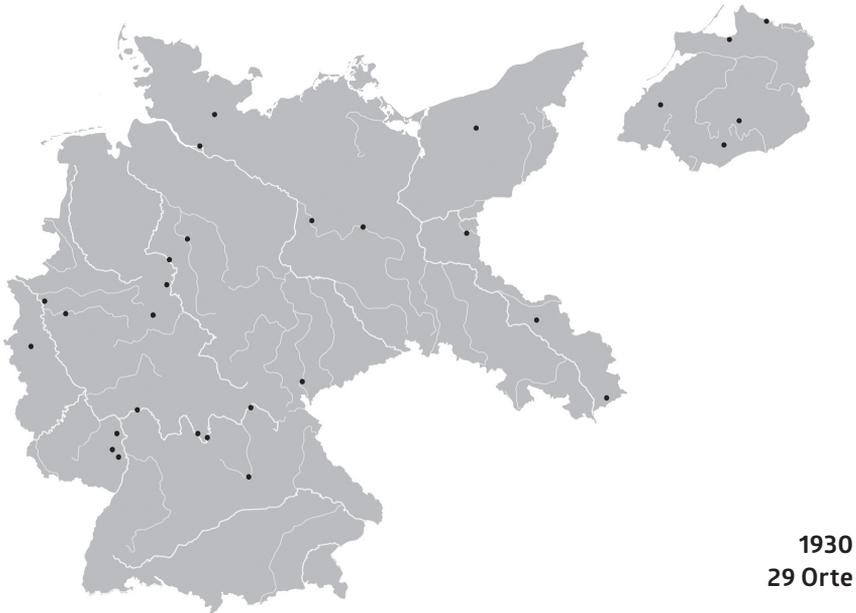


zwischen 1930 und 1938

Wohnungen und Geschäfte betroffen waren und wie viele Personen, die ihr Eigentum schützen wollten, dabei gewalttätig aus dem Weg geschoben oder gar geschlagen wurden. Spätestens hier stellt sich die Frage, was ein Übergriff überhaupt ist. Ist ein demoliertes Mehrfamilienhaus *ein* Übergriff, oder handelt es sich um mehrere Übergriffe, weil nicht nur einer Familie und Person das Zuhause zerstört wurde? Sind das Eindringen und Durchsuchen einer Wohnung ein Übergriff, oder sind es viele einzelne Attacken, bei denen mehreren Personen gewalttätig die Privatsphäre genommen und ihre Besitztümer zerstört wurden? Der doppelte Zugriff der Erfassung der Übergriffe ermöglicht es, sowohl empirisch valide Zahlen bzw. Verhältnismäßigkeiten als auch einzelne gut überlieferte Ereignisse anzuführen.<sup>25</sup>

Wenn aber auf den Karten Zahlen genannt werden, so handelt es sich immer „nur“ um die Anzahl der *Orte* im Deutschen Reich, in denen die verschiedenen Arten von Übergriffen belegt werden konnten.

25 Ein Vergleich mit der von Marc Grellert in jahrelanger Forschung erarbeiteten Datenbank der Synagogen des Deutschen Reichs lässt den Rückschluss zu, dass wir 58 Prozent der Übergriffe auf Synagogen erfasst haben; siehe Marc Grellert, *Immaterielle Zeugnisse, Synagogen in Deutschland. Potentiale digitaler Technologien für das Erinnern zerstörter Architektur*, Bielefeld 2015.



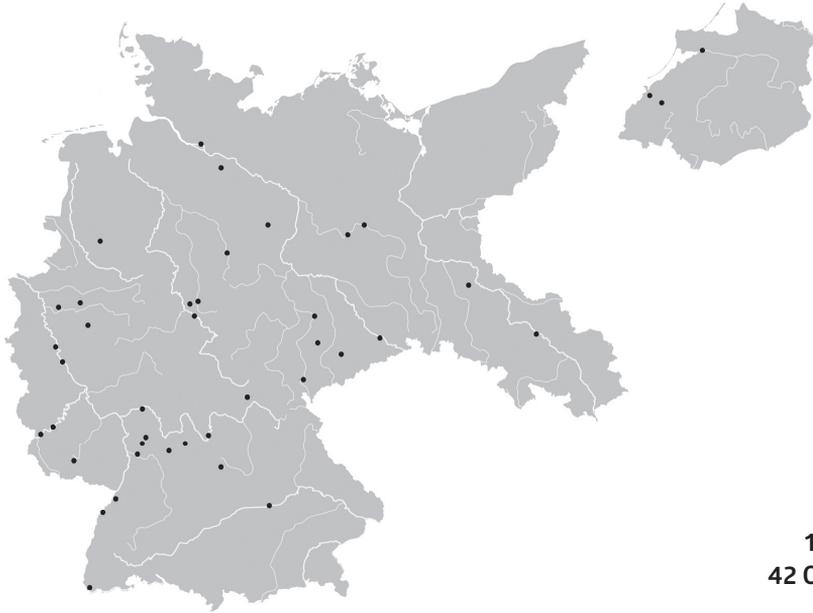
Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1930

### Eine Topographie

Für das Jahr 1930 sind Übergriffe in 29 Städten und Gemeinden verzeichnet. Darunter befinden sich, wenig überraschend, Berlin, Frankfurt am Main und Hamburg, drei der vier Städte mit den größten jüdischen Gemeinden des Reichs. Angesichts der relativ geringen Zahl von ansässigen Jüdinnen und Juden ist vor allem die Ballung der Gewalt in kleineren ostpreußischen Gemeinden auffällig. Ganz offenbar war in diesem Gebiet die politische Stimmung nach jahrelangem „Volkstumskampf“ besonders aufgeladen. Ostpreußen galt als eine frühe Hochburg der NSDAP. Aus der Reichstagswahl 1930 ging die NSDAP hier als stärkste Kraft hervor.

Ein Beispiel aus Schleswig-Holstein, wo die NSDAP 1932 die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, spiegelt die Erosion des Rechtsstaats, aber auch die Gegenwehr von Jüdinnen und Juden wider. Am 10. Dezember 1930 standen mehrere NSDAP-Mitglieder zum wiederholten Mal vor dem Geschäft und der Wohnung der Familie Levy in Bad Segeberg und beleidigten die Familienmitglieder lautstark.<sup>26</sup> Der Sohn Martin stellte sie zur Rede. Als sie seiner Aufforderung, die Schmähungen zu unterlassen, nicht nachkamen, begann Martin Levy eine Schlägerei, aber er hatte gemeinsam mit seinen Geschwistern Ernst und Erna gegen die Gruppe von

26 Torsten Mußdorf, *Die Verdrängung jüdischen Lebens in Bad Segeberg im Zuge der Gleichschaltung 1933–1939*, Frankfurt a. M. 1992, S. 77.



**1931**  
**42 Orte**

Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1931

Nationalsozialisten keine Chance. Die Geschwister wurden mit Knüppeln und Stühlen verprügelt. Daraufhin stellte Martin Levy eine Strafanzeige. Es ist unklar, ob es in der Folge auch zu einer Gerichtsverhandlung kam. Sicher ist aber, dass die Levys auch den CV einschalteten, der mehrmals bei den Behörden intervenierte. Daraufhin sah sich der Landrat des Kreises Segeberg veranlasst, eine Erklärung abzugeben, in der er die vom CV geschilderten Vorgänge als „größtenteils unrichtig“ bezeichnete.<sup>27</sup> Er betonte vielmehr, dass die Mitglieder der Familie Levy keinen guten Ruf hätten und alle bereits mehrfach vorbestraft seien: „Die Veranlassung zu unerfreulichen Vorfällen scheint vielmehr von der Familie Levy auszugehen.“<sup>28</sup> Ganz in diesem Sinne betont Hannah Ahlheim in ihrer Studie, dass bereits vor 1933 keine Rechtssicherheit für Jüdinnen und Juden mehr bestanden habe, sich gegen „Boykotte“ zu wehren.<sup>29</sup> In den Akten des CV schlägt sich dies in der Sammlung teils hanebüchener Urteile deutscher Gerichte nieder.<sup>30</sup>

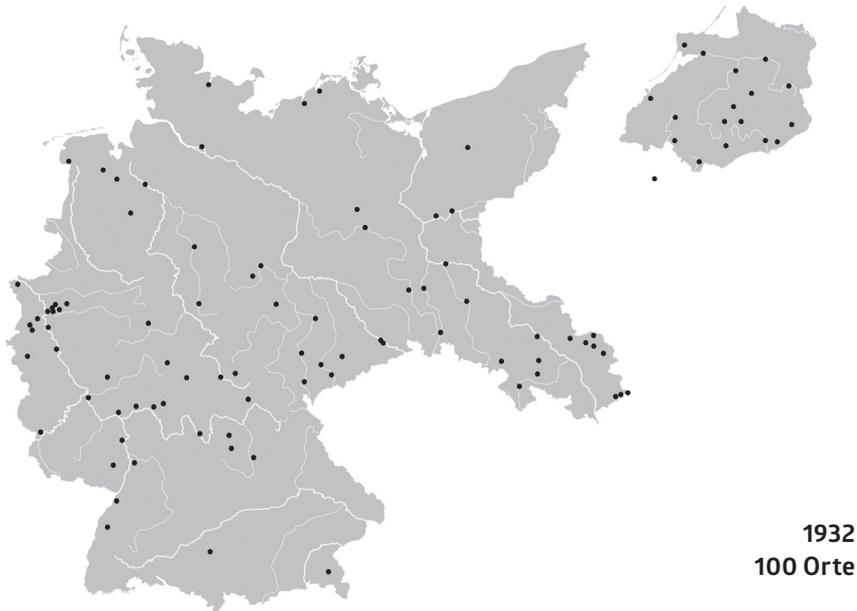
Nach einem Anstieg um fast 40 Prozent im Jahr 1931 verdoppelte sich 1932 die Anzahl von Orten, an denen Jüdinnen und Juden bedroht, eingeschüchtert und misshandelt wurden. Insgesamt waren 100 Orte betroffen. Hintergrund waren politische

27 Zit. nach ebenda, S. 79.

28 Zit. nach ebenda, S. 80, vgl. S. 77–80.

29 Ahlheim, „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 205.

30 Akten des CV 721/1/2242-721/1/2249, WL (Mikrofilm), MF Doc 55/73. Bei den Signaturen handelt es sich um die Verzeichnung aus dem Russischen Militärarchiv in Moskau.



Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1932

Auseinandersetzungen, die – so ein Beobachter – im August 1932 „Formen des latenten Bürgerkrieges“ angenommen hätten.<sup>31</sup> In Königsberg schreckten die Verbandsmitglieder des CV inzwischen davor zurück, gegen einen „Boykottaufruf“ einer Zeitung vorzugehen, weil „eine Beschlagnahme des Blattes [...] zu schärferer antisemitischer Boykotthetze geführt hätte“.<sup>32</sup> Neben Ostpreußen hatten Gewalttaten die Grenzregionen von Schlesien erreicht, wo es nach dem Waffenstillstand von 1918 immer wieder zu Kämpfen gekommen war. Der Grad der Brutalität war überall erschreckend. In Norgau beispielsweise wurde der Vorsteher der jüdischen Gemeinde vor seine Haustür gelockt und angeschossen. In Wiesbaden ermordeten SA-Mitglieder den Kaufmann Salomon Rosenstrauch. Zu Recht betont und beklagt Nicola Wenge die „Brutalisierung der öffentlichen Auseinandersetzungen“.<sup>33</sup>

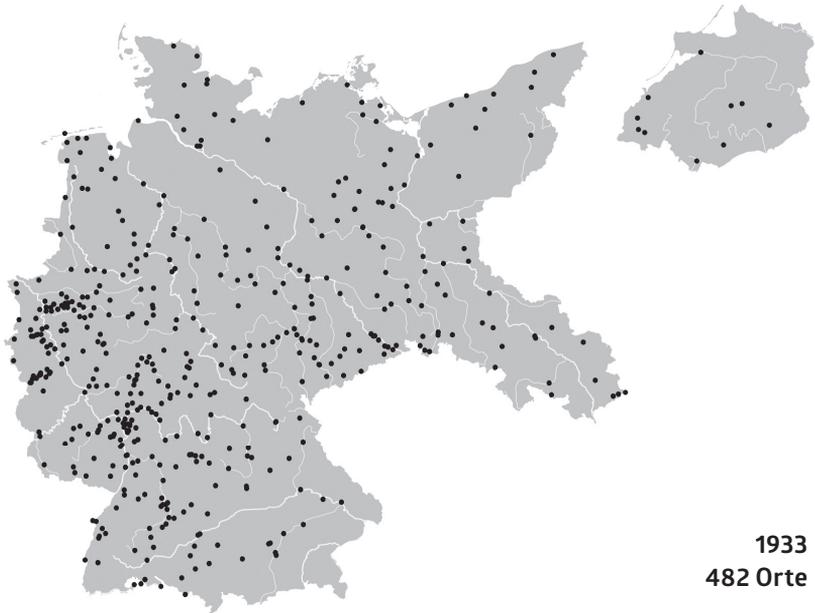
Das Rheinland war ein weiterer Schwerpunkt der Gewalt. In Köln waren die nationalsozialistischen Vereinslokale (Sturmlokale) Knotenpunkte für Übergriffe. In den Sommermonaten, so berichtete das *Kölner Jüdische Wochenblatt*, verging fast kein Tag ohne „schwerere Zwischenfälle“.<sup>34</sup> Besucher der Synagoge und Händler wurden überfallen, der Rabbiner erhielt Morddrohungen, ein Kinderheim wurde beschmiert, eine

31 Bulletin des Pressedienstes des Einzelhandels, 26. 8. 1932, BArch, R 3101, 13859.

32 Brief der Firma Glass und Graetz an den CV, 21. 12. 1932, WL, 721/1/2548, MF Doc 55/76).

33 Nicola Wenge, *Integration und Ausgrenzung in der städtischen Gesellschaft. Eine jüdisch-nicht-jüdische Beziehungsgeschichte Kölns 1918–1933*, Mainz 2005, S. 417.

34 Zit. nach ebenda.



1933  
482 Orte

Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1933

Sprengstoffbombe vor der Synagoge platziert. Selbst ein wehrloser jüdischer Junge wurde schwer misshandelt und mit Messerstichen verletzt.<sup>35</sup> Zwar gab es in Köln sowohl von der Zivilbevölkerung als auch vonseiten der Polizei Gegenmaßnahmen, doch gegen die Vehemenz der Gewalt kamen sie kaum an. Zudem ließ die Justiz „offensichtliche Milde“ walten.<sup>36</sup>

Über die Folgen der Übergriffe in der Wirtschaft notierte der ehemalige Syndikus des CV, Alfred Wiener, im Amsterdamer Exil: „Der Boykott gegen die Juden [wurde] in vielen Provinzgegenden durch die gleichen sog[enannten] nationalen Organisationen getragen und später durch das Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung im Laufe der Jahre wesentlich gefördert. In den Jahren 1931 bis 1933, also bereits vor dem Regierungsantritt des Kanzlers Hitler, hatte diese Boykottbewegung gegen die Juden bereits den Erfolg gezeitigt, dass in gewissen Gegenden Deutschlands die Erschwerung der Ausübung eines selbständigen Handelsbetriebs durch die Juden zu einer beginnenden Abwanderung in die einem Boykott nicht so leicht zugänglichen Großstädte führte.“<sup>37</sup>

Im Jahr 1933 überzogen die Nationalsozialisten – vor allem die nicht nur siegestrunkene SA – und ihre Claqueure das gesamte Reich mit Gewalt. Insgesamt sind

35 Ebenda, S. 418 f.

36 Ebenda, S. 419.

37 Alfred Wiener, *Der Wirtschaftsboykott*, Amsterdam 1934, S. 3.

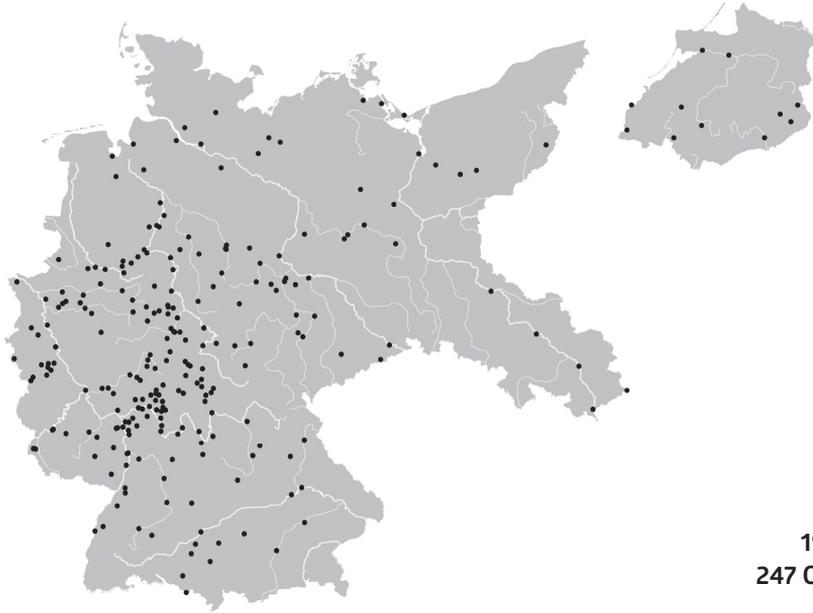
Übergriffe aus 482 Orten überliefert. Besonders im Zuge der Reichstagswahlen und Geschäftsblockaden im März und Anfang April kam es zu zahlreichen Übergriffen gegen Geschäfte und Einzelpersonen – während die Angriffe auf sakrale Institutionen stagnierten. Mit welcher Brutalität und Impertinenz solche Überfälle vor sich gehen konnten, zeigt das Beispiel eines Cafés, das am Rande des Berliner Scheunenviertels lag. Dieses Café, dessen Eigentümerin Judka Jankel Kopelmann war, wurde in einem mehrseitigen Beschwerdebrief der Polnischen Botschaft vom März 1933 mehrfach erwähnt. Die Botschaft berichtete, dass am 2. März ein Dutzend Uniformierte ins Café gekommen seien, Bier und Speisen verzehrt und das Lokal unter wüsten Beschimpfungen ohne Bezahlung verlassen hätten. Am 5. März drohten SA-Männer, eine Bombe ins Lokal zu werfen, falls es nicht geschlossen würde. In den beiden Folgetagen durchsuchte ein mit Schusswaffen ausgestatteter SA-Trupp die Gäste. Am 9. März drohten SA-Männer wiederum mit der Schließung des Lokals. Am 15. März überfielen schließlich drei SA-Männer das Café, verschleppten mit vorgehaltenem Revolver einige Gäste und trieben sie in ein Sturmlokal. Dort wurden sie durchsucht, beraubt und „bis zur Bewusstlosigkeit“ geschlagen. Das Café musste daraufhin geschlossen werden.<sup>38</sup>

Trotz verschiedener Aufrufe, auch von Hitler, ließ die Gewalt kaum nach, was sogar zu besorgten Diskussionen im Kabinett führte. Hitler und seine Minister Wilhelm Frick und Joseph Goebbels vereinbarten daraufhin, den gewalttätigen antisemitischen Druck in gleichsam geordnete Bahnen zu lenken. Beschlossen wurde einerseits, einen „Boykott“ der als jüdisch erachteten Unternehmen, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen zu veranlassen, und andererseits, ein Gesetz zum Ausschluss der Juden aus der Beamtenschaft vorzubereiten.<sup>39</sup> Angesichts des Umstandes, dass die SA-Posten, die längst als Hilfspolizei fungierten, am 1. April 1933 teilweise bewaffnet patrouillierten und weil keine erfüllbaren politischen Forderungen erhoben wurden, ist der sogenannte Boykott wohl eher als eine Blockade zu bezeichnen.<sup>40</sup> Und obwohl die SA als „diszipliniert“ inszeniert werden sollte, kam es doch zu vielen Gewaltakten, die keineswegs aufhörten, als die Blockade nach nur einem Tag offiziell beendet wurde. Zu viele Hemmschwellen waren bereits übertreten worden. Lokale NS-Kader und

38 Aide mémoires der Polnischen Botschaft, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), HA IV, NL Daluge, 37. Vgl. Verbalnote der Polnischen Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, 5. 4. 1933, PA AA, R. 100208. Vgl. Bericht des polnischen Generalkonsuls, 8. 4. 1933, in: Frank Bajohr/Christoph Strupp (Hrsg.), *Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“*. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Göttingen 2011, S. 366 f.

39 Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung*, 2. Bde., Bonn 2006 (München 1998 und 2006), S. 33–35; Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*, S. 120 f. Vgl. auch Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“*. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 31–35.

40 Kreutzmüller, *Picketing Jewish-Owned Businesses in Nazi Germany*.



**1934**  
**247 Orte**

Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1934

SA-Einheiten waren kaum zu bremsen und verübten weiter brutale Übergriffe gegen Jüdinnen und Juden.<sup>41</sup>

1934 schien sich die Lage etwas zu beruhigen. Die Konflikte unter den nationalsozialistischen Machtblöcken, die im Sommer in der Ermordung der SA-Führung kulminierten, hatten ein gewisses Abflauen der Angriffe zur Folge.<sup>42</sup> Tatsächlich sind in diesem Jahr „nur“ an 247 Orten Übergriffe belegt – etwas mehr als die Hälfte der Orte des Jahres 1933, aber immer noch fast zweieinhalb Mal so viel wie 1932. Hauptziel der Attacken waren weiterhin Unternehmen. Aber auch brutale Übergriffe auf Menschen sind dokumentiert. Als der Sohn eines Geschäftsinhabers in Bernburg nach dem Einschlagen der Scheiben des väterlichen Ladens Anfang 1934 Wache halten wollte, wurde er von einem betrunkenen SA-Mann „so zugerichtet, dass das eine Auge vollkommen verquollen war“.<sup>43</sup> Am Palmsonntag kam es in der kleinen fränkischen Gemeinde Gunzenhausen, einem frühen Brennpunkt der Gewalt, zu einem Pogrom. Nach einer mit christlichen Motiven gespickten Brandrede des örtlichen SA-Führers vor der Gastwirtschaft der jüdischen Familie Strauss stürmten mehrere hundert Einwohner des Ortes in das Lokal und verwüsteten die Einrichtung, zogen dann marodierend durch die Stadt und

41 Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung, S. 184–213.

42 Ebenda, S. 155; Matthias Hambrock, Die Etablierung der Außenseiter. Der Verband nationaldeutscher Juden 1921–1935, Köln u. a. 2003, S. 643.

43 Brief des Landesverbands Mitteldeutschland an den CV in Berlin, 20. 4. 1935, WL, CV, 721/1, 2753.

verschleppten ihre jüdischen Nachbarn in das Stadtgefängnis. Zwei jüdische Männer kamen dabei unter ungeklärten Umständen ums Leben. Der Rädelsführer und 24 weitere SA-Männer wurden deshalb vom Landgericht wegen Land- und Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung und Körperverletzung angeklagt und zu Haftstrafen zwischen drei und zehn Monaten verurteilt. Die Täter blieben jedoch zunächst auf freiem Fuß. So hatte der Rädelsführer Gelegenheit, den jüdischen Gastwirt Simon Strauss „aus Rache“ zu erschießen und dessen Sohn Julius schwer zu verletzen, weil sie im Prozess gegen ihn ausgesagt hatten.<sup>44</sup>

In der Adventszeit kam es abermals an vielen Orten des Reichs zu gewaltsamen Blockaden jüdischer Unternehmen. Die Passanten wurden rüde davon abgehalten, Geschäfte zu betreten, die als jüdisch galten.<sup>45</sup> Anfang 1935 breiteten sich die Gewalt- und Blockadeaktionen weiter aus.<sup>46</sup> In seiner Studie über Pommern kommt Wolfgang Wilhelmus zu dem Schluss dass „es [...] ab 1935 wohl kaum einen von Juden bewohnten pommerschen Ort [gab], in dem Nationalsozialisten nicht provozierten, stahlen, schlugen und verhafteten“.<sup>47</sup> Auch in den Akten des CV häuften sich die Alarmmeldungen. Im anhaltinischen Jeßnitz wurden beispielsweise im August 1935 „zwei jüdische Kaufleute mit dem Schild ‚Wer bei Juden kauft ist ein Volksverräter‘ durch die Stadt geführt“.<sup>48</sup> Im nahe gelegenen Harzgerode warfen Unbekannte immer wieder Schaufensterscheiben ein, während in Sandersleben der letzte verbliebene jüdische Einzelhändler mit „Zettelklebereien“ und „nächtlichen Sprechchören“ eingeschüchtert wurde. Als der CV bei der zuständigen Gestapostelle in Dessau intervenierte, erhielt er die Antwort, dass es „sich

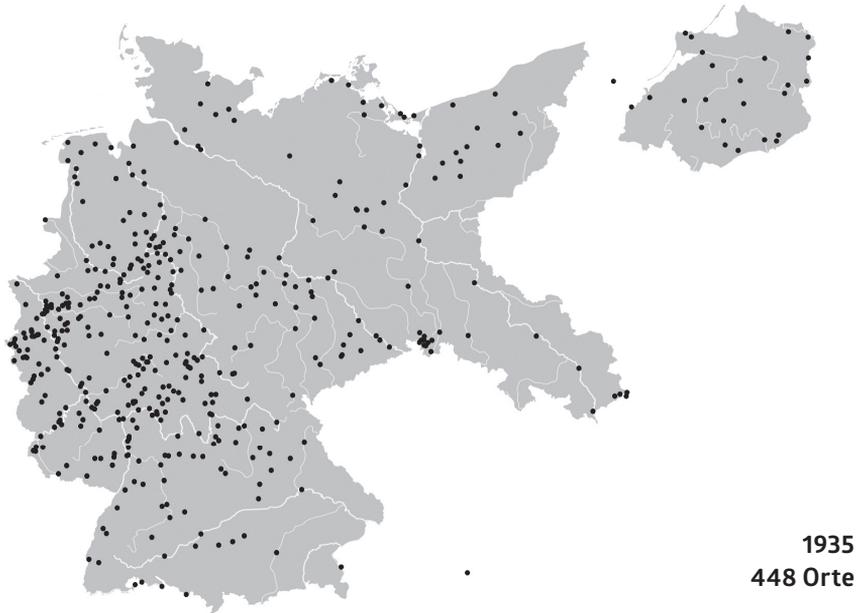
44 Halbmonatsbericht des Regierungspräsidenten, 21. 7. 1934, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Hartmut Mehringen (Hrsg.), *Bayern in der NS Zeit*, Bd. 1, München 1977, S. 440; Heike Scharf, *Das Palmsonntagspogrom vom 25. März 1934 in Gunzenhausen*. Ein Schulprojekt des Nürnberger Instituts für NS-Forschung, in: *Jahrbuch des Nürnberger Instituts für NS-Forschung und jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts* 2 (2004), S. 55–70; Heike Tagsold, *Stellung und Selbstbild der SA am Beispiel Gunzenhausen*, in: dies. (Hrsg.): „Was brauchen wir einen Befehl, wenn es gegen die Juden geht?“ *Das Pogrom von Gunzenhausen 1934*, Nürnberg 2006, S. 45–55; vgl. Ian Kershaw, *Antisemitismus und Volksmeinung, Reaktionen auf die Judenverfolgung*, in: Martin Broszat/Elke Fröhlich/Hartmut Mehringer (Hrsg.), *Bayern in der NS Zeit*, Bd. 2, München 1979, S. 281–348, hier S. 295 f. Im Januar 1936 meldete das Central Jewish Information Office (die spätere Wiener Library) erneut Übergriffe auf Juden im „berüchtigten Gunzenhausen“: Vgl. *Position of the Jews in Germany (January 1936)*, WL, Report V. 36/3.

45 Brief des Auswärtigen Amtes an das Reichministerium des Innern, 14. 1. 1935, PA AA, R. 100170; vgl. Benno Nietzel, *Handeln und Überleben. Jüdische Unternehmer aus Frankfurt am Main 1924–1964*, Göttingen 2012, S. 87; Ahlheim, „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“, S. 360–379.

46 Brief Ludwig Ehrenfried an die Polizei Neustettin, 8. 6. 1935, WL, 721/1/2377.

47 Wolfgang Wilhelmus, *Geschichte der Juden in Pommern*, Rostock 2004, S. 169.

48 Brief des Landesverbands Mitteldeutschland an den CV in Berlin, 19. 8. 1935, WL, CV, 721/1, 2753.



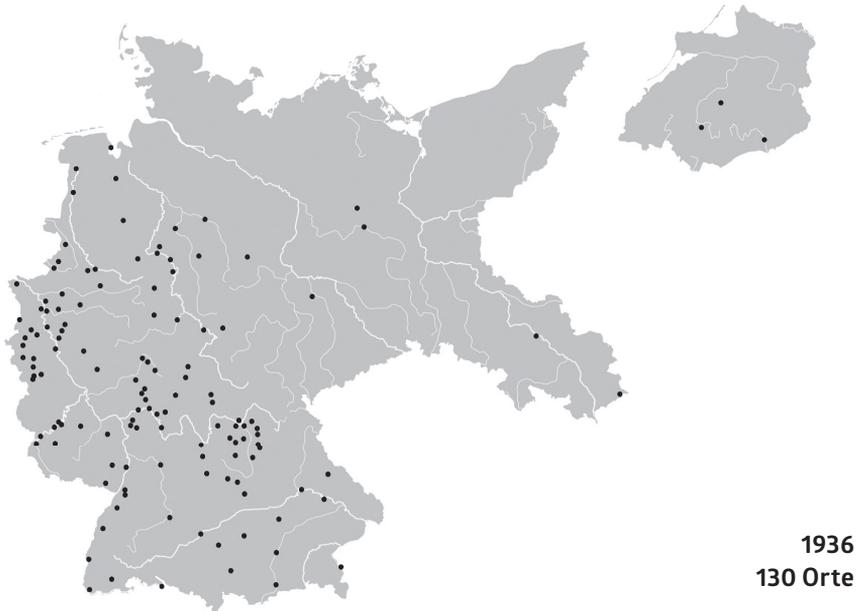
Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1935

um eine Einzelaktion handele, die keinesfalls die Billigung der Polizei finde. Es sei allerdings sehr schwierig hiergegen einzuschreiten“.<sup>49</sup>

Trotz einer deutlich schlechteren Überlieferungslage, die vor allem auf die Zensur zurückzuführen ist, sind in diesem Jahr nur 40 Orte weniger verzeichnet als 1933. Auffällig ist wiederum die Anhäufung von Übergriffen in Ostpreußen sowie rund um die Stadt Zittau in der Niederlausitz. Auch die Reichshauptstadt, deren wirtschaftliche Entwicklung deutlich hinter dem Reichsdurchschnitt zurückgeblieben war, wurde im Frühsommer 1935 zu einem Zentrum der Übergriffe. Mitte Juni hatte die Gewalt die ganze Stadt und ein ganz konkretes Ziel erfasst. Hierzu hielt der CV fest: „Seit ungefähr 14 Tagen kommt es planmäßig vor Eiskonditoreien mit jüdischen Inhabern in den verschiedensten Stadtgegenden Berlins zu Menschenansammlungen, die plötzlich einsetzen, von bestimmten Personen dirigiert werden und den Geschäftsverkehr in den Konditoreien völlig unterbinden. Gäste werden teils bedroht, teils geschlagen, gekaufte Eiswaffeln werden ihnen aus der Hand geschlagen, Schaufenster werden zertrümmert. In den meisten Fällen werden die Inhaber von Zivilpersonen mit der Drohung der Demolierung zur Schließung des Lokals gezwungen. In den Nachtstunden werden Schaufensterscheiben und Hausfronten beschmiert, mit Stürmerblättern beklebt und mit Aufschriften wie ‚Jude‘ versehen.“<sup>50</sup>

49 Ebenda.

50 Aktennotiz des CV, 2. 7. 1935, WL, 721/1/2377.



Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1936

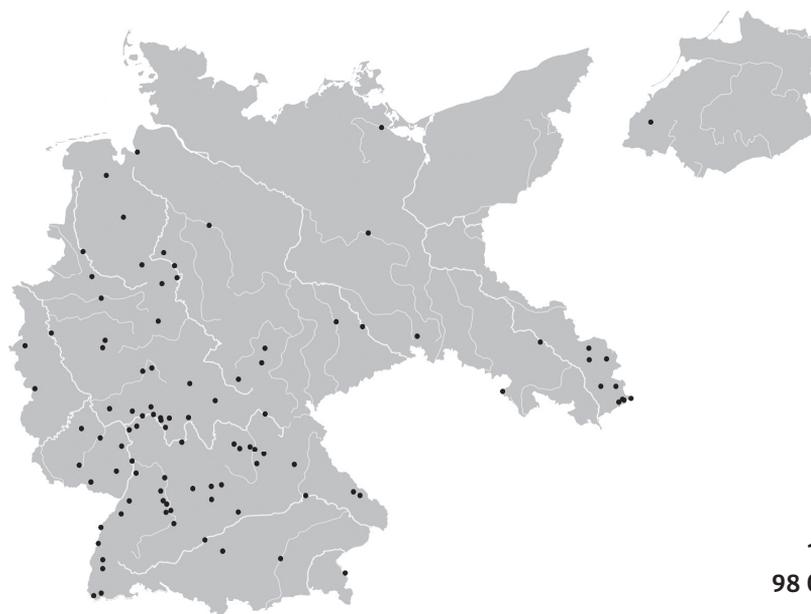
Der *Stürmer*, der 1935 von einem fränkischen Provinzblatt zu einem reichsweit gelese- nen Wochenblatt aufstieg und dessen Auflage sich vervielfachte, sorgte in der Tat konstant für Aufruhr. Glaubt man dessen Berichterstattung, wurden allerorten „Stür- merkästen“ angebracht. In diesen Schau- und Lesekästen wurde die antisemitische Wochenzeitung ausgehängt und mit hausgemachten Kommentaren und Denunziationen ergänzt.<sup>51</sup> Nach der Errichtung eines Stürmerkastens schrieb eine Berliner Orts- gruppe der Deutschen Arbeitsfront dem *Stürmer* stolz, „dass der Kasten von mor- gens bis spät in die Nacht von Volksgenossen umstanden wird, die den Stürmer fleissig lesen“.<sup>52</sup> Ob dies zutraf, sei dahingestellt. Sicher ist aber, dass die Kästen eine starke Wir- kung entfalten konnten. Es ist wohl auch der obsessiven Berichterstattung des Blattes geschuldet, dass Juden nun immer häufiger zur Last gelegt wurde, sexuelle Beziehungen zu Nicht-Jüdinnen zu unterhalten.<sup>53</sup>

Bekanntlich wurden im September 1935 die „Nürnberger Gesetze“ vom eilig einbe- stellten Reichstag verabschiedet. Eine über das Deutschen Nachrichtenbüro verbreitete

51 Christoph Kreuztmüller/Elisabeth Weber, Unheilvolle Allianzen. Die Rolle des *Stürmer* bei der Vernichtung jüdischer Gewerbetätigkeit in Berlin, in: NURINST. Beiträge zur deutschen und jüdischen Geschichte, Nürnberg 2008, S. 81–98.

52 Brief der Deutschen Arbeitsfront, Ortsgruppe Arminius an die Redaktion des *Stürmer*, 13. 6. 1935, Stadtarchiv Nürnberg, 039, 1300/2.

53 Vgl. grundlegend: Alexandra Przyrembel, „Rassenschande“. Reinheitsmythos und Vernich- tungslegitimation im Nationalsozialismus, Göttingen 2003.



**1937**  
**98 Orte**

Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1937

Presseerklärung wies darauf hin, dass Hitler „den Befehl für die Partei erneuert [hatte], jede Einzelaktion gegen Juden wie bisher zu unterlassen“. <sup>54</sup> Bezeichnenderweise hatte sich also der Begriff „Einzelaktion“ für die massenhaften Gewaltaktionen der Nationalsozialisten etabliert. Was genau er bedeutete, versuchte das Reichswirtschaftsministerium im Nachgang der Verkündung der Gesetze zu klären: „Im Zusammenhang mit dem wiederholt ausgesprochenen Verbot aller Einzelaktionen in der Judenfrage taucht ständig die Frage auf, was unter ‚Einzelaktionen‘ zu verstehen ist. Ich bin der Auffassung, dass unter Einzelaktionen alle Maßnahmen zu verstehen sind, die nicht auf einer ausdrücklichen Anordnung der Reichsregierung oder der Reichsleitung der NSDAP beruhen.“ <sup>55</sup> Dieser Definition stimmten sowohl das Büro des Stellvertreters des Führers als auch das Reichsinnenministerium „im wesentlichen zu“. <sup>56</sup>

Ebenso wie im Jahr 1934 an weniger Orten Übergriffe zu verzeichnen waren als nach dem auffallenden Anstieg im Vorjahr, kam es auch 1936 zu einer geringeren Anzahl an antisemitischen Vorfällen als noch 1935. Der Rückgang wird häufig mit dem staatlichen Bemühen begründet, solche „Einzelaktionen“ unter Kontrolle zu halten, um offenen

54 Befehl gegen Einzelaktionen, in: Jüdische Rundschau, 17. 9. 1935.

55 Brief des Reichswirtschaftsministeriums an den Stellvertreter des Führers, 10. 10. 1935, Generallandesarchiv Karlsruhe (GLAK), Bestand 233, 27737.

56 Brief des Reichsministeriums des Innern an das Reichswirtschaftsministerium, 25. 10. 1935, ebenda. Vgl. auch Brief des Stellvertreters des Führers an das Reichswirtschaftsministerium, 31. 10. 1935, ebenda.

Antisemitismus vor dem Ausland zu verbergen. So mussten anlässlich der Olympischen Spiele 1936 in Berlin „Stürmerkästen“ und antisemitische Schilder an den Ortseingängen abgehängt werden.<sup>57</sup> Es ist in der Tat auffällig, dass in einem großen Radius um Berlin keine Übergriffe dokumentiert sind. Auch aus den Badeorten der Ostsee wurden keine Attacken vermeldet. Der Rückgang lag natürlich auch daran, dass einige jüdische Landgemeinden längst zerstört worden waren. In einem Bericht zur Lage der Juden in Deutschland hielt das Central Jewish Information Office im Oktober 1937 fest: „A person visiting Germany will no longer find the numerous sign boards, bearing Jew-baiting inscriptions, that were seen fixed in public squares and at the entrance to villages or small towns in 1935. These posters are no longer needed, the Jews having been driven out in the meantime from whole regions.“<sup>58</sup>

Entsprechend setzte sich der Rückgang fort. 1937 wurden allerdings immer noch an fast genauso vielen Orten Übergriffe verübt wie im Jahr 1932. Die Brutalität war weiterhin atemberaubend. In der Nacht zum Karfreitag wurde beispielsweise der Repräsentant des CV im thüringischen Barchfeld in seiner Wohnung überfallen und „so schwer zugerichtet, dass er etwa drei Liter Blut verloren hat“.<sup>59</sup> Auffällig ist, dass es in Ost-Oberschlesien zu einer Ballung von Gewalt kam. Das Gebiet hatte nach der Volksabstimmung 1922 15 Jahre unter Aufsicht des Völkerbundes gestanden, der auf die Einhaltung der Rechte der Minderheiten achtete. Kaum war dieser Zustand beendet, holten die Nationalsozialisten nach, was sie vorher nicht hatten tun dürfen.

Parallel zur Erfassung der jüdischen Gewerbebetriebe kam es überall im Deutschen Reich noch einmal zu Blockadeaktionen. In Allenstein, Dresden und Tilsit beispielsweise wurden Anfang Januar 1938 alle noch bestehenden jüdischen Einzelhandelsgeschäfte gekennzeichnet.<sup>60</sup> Die jahrelange Ächtung und die fortwährenden Angriffe hatten in der Fläche bereits für eine weitgehende Verödung, wenn nicht Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit gesorgt. Aber auch in den großen Gemeinden wie Frankfurt und Berlin gaben 1938 immer mehr Gewerbetreibende auf.<sup>61</sup> Nach der Besetzung Österreichs attackierten Nationalsozialisten überall im nun sogenannten Altreich jüdische Geschäfte und ihre Inhaber. Im Juni 1938 kam es in mehreren Großstädten, u. a. in Berlin, zu einer Vielzahl von fast pogromartigen Angriffen. Dazu hielt das Central

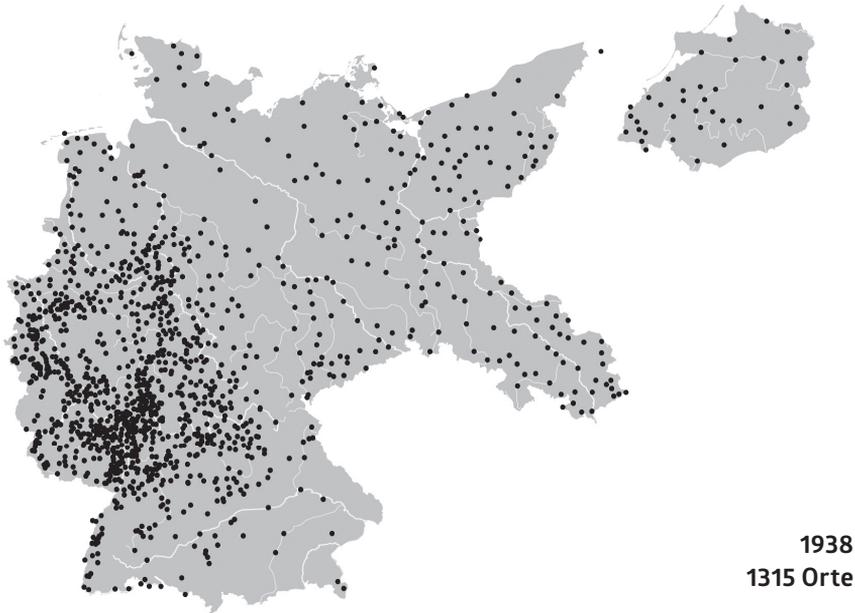
57 Vgl. Christhard Hoffmann, Verfolgung und Alltagsleben der Landjuden im nationalsozialistischen Deutschland, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 373–398, hier S. 380.

58 Position of Jews in Germany, October 1937, WL, V 37/43.

59 Brief des Landesverbands Mitteldeutschland an den CV in Berlin, 3. 5. 1937, WL, CV, 721/1, 2753.

60 Brief des Landesverbands Mitteldeutschland an den CV in Berlin, 12. 1. 1938, ebenda.

61 Christoph Kreutzmüller/Benno Nietzel/Ingo Loose, Nazi Persecution and Strategies of Survival. Jewish Entrepreneurs in Berlin, Frankfurt on Main and Breslau 1933–1938/42, in: Yad Vashem Studies 39 (2011), S. 31–70.



Orte, an denen nachweislich Übergriffe stattfanden, 1938

Jewish Information Office fest: „the Anti-Jewish occurrences in Germany during the last weeks are so gruesome that this report may be guilty of publishing too little rather than too much. We have been careful to eliminate all those information which did not make it at least probable in the huge degree that the facts are accurately reported. We also had to suppress a number of wicked stories as they would have disclosed the identity of certain individuals and the localities as to endanger the personal safety if the people concerned.“<sup>62</sup>

Aufgrund der heftigen internationalen Reaktionen versuchten die nationalsozialistischen Machthaber, den Übergriffen Einhalt zu gebieten.<sup>63</sup> Nach dem Münchner Abkommen und der Besetzung des Sudetenlandes am 1. Oktober 1938 erweiterte sich dann aber der Handlungsspielraum des Regimes. Nach zwei erfolglosen Versuchen, einen Pogrom an den Jüdinnen und Juden herbeizuführen, sah der Berliner Gauleiter Joseph Goebbels im November 1938 seine Chance gekommen. Im Einvernehmen mit Hitler löste er – mit der Begründung, das Attentat eines jüdischen jungen Mannes auf den deutschen Botschaftssekretärs Ernst vom Rath in Paris zu rächen – den reichsweiten „Novemberpogrom“ aus. Die Karte zeigt eine Verdoppelung der Orte, an denen Übergriffe stattfanden. Im Verlauf des mehrtätigen Pogroms wurden zwar – wie in den Jahren zuvor –

62 Position of Jews in Germany, July 1938, WL, V 38/55.

63 Christoph Kreuztmüller/Hermann Simon/Elisabeth Weber, Ein Pogrom im Juni. Fotos antisemitischer Schmierereien in Berlin 1938, Berlin 2013, S. 12–28.

auch viele Unternehmen angegriffen. Eklatant ist aber vor allem der Anstieg von Orten, in den einerseits Jüdinnen und Juden auch in ihren Wohnungen überfallen, gedemütigt und ermordet und andererseits Synagogen, Betstuben und Gemeindeeinrichtungen geschändet und zerstört wurden.<sup>64</sup> Diese Angriffe überschatteten auf der Karte (und in der Erinnerung) all das, was zuvor geschehen war.

#### Anstelle eines Resümees: Fehlstellenanalyse – Konjunktoren der Forschung

Auf die Fehlstellen der zeitgenössischen Quellen wurde bereits hingewiesen. Da viele Vorfälle nicht registriert wurden und ihre Dokumentation der Zensur des Regimes unterlag, ist von einer hohen Dunkelziffer der Gewalttaten auszugehen, die nie zu rekonstruieren sein wird. Je genauer sich die Erforschung von Nationalsozialismus und Holocaust ausgestaltet, desto deutlicher werden aber unsere blinden Flecken.

Gewalttätige Übergriffe gegen Jüdinnen und Juden sind Teil aller jüngeren Erzählungen über das nationalsozialistische Regime. Die stetig gefährlicher werdende Situation für sie sowie die Gewalthandlungen im gesamten Deutschen Reich während der Jahre 1930 bis 1939 sind zwar oft erwähnt worden, umfassendere Arbeiten stellen aber, abgesehen von der richtungweisenden Arbeit von Michael Wildt<sup>65</sup> und den beiden Aufsätzen von Armin Nolzen,<sup>66</sup> jedoch bisher ein Desiderat dar.<sup>67</sup> Antisemitische Übergriffe

64 Wolf Gruner, Totale Verwüstung. Die vergessene Massenerstörung jüdischer Häuser und Wohnungen im Novemberpogrom 1938, in: *ZfG* 67 (2019) 10, S. 793–811; Wolfgang Benz, Gewalt im November 1938. Die „Reichskristallnacht“ – Initial zum Holocaust, Berlin 2018.

65 Michael Wildt, Gewaltpolitik. Volksgemeinschaft und Judenverfolgung in der deutschen Provinz 1932 bis 1935, in: *WerkstattGeschichte* 35 (2003), S. 23–43; ders., Gewalt als Partizipation. Der Nationalsozialismus als Ermächtigungsregime, in: Alf Lüdtke/Michael Wildt (Hrsg.), *Staats-Gewalt: Ausnahmezustand und Sicherheitsregimes. Historische Perspektiven*, Göttingen 2008, S. 215–240; ders., *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*.

66 Armin Nolzen, Am Anfang war der Terror. Gewaltmaßnahmen im ersten Jahr der NS-Herrschaft, in: *Damals* 2 (2008), S. 26–30; ders., The Nazi Party and its Violence Against the Jews 1933–1939. Violence as a Historiographical Concept, in: *Yad Vashem Studies* 31 (2003), S. 245–285.

67 Abgesehen von eher exemplarischen Darstellungen siehe Wolf Gruner, Die Verfolgung der Juden und die Reaktionen der Berliner, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), *Berlin 1933–1945*, München 2013, S. 311–324; Wolf Gruner, *Judenverfolgung in Berlin 1933–1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt*, Berlin 1996; Christoph Kreutzmüller, Gewalt gegen Juden im Sommer 1935, in: Magnus Brechtgen/Hans-Christian Jasch/Christoph Kreutzmüller/Niels Weise (Hrsg.), *Die Nürnberger Gesetze – 80 Jahre danach. Vorgeschichte, Entstehung, Auswirkungen*, Göttingen 2017, S. 71–88; Stefan Hördler/Christoph Kreutzmüller, Gewalt gegen Juden. Vom Feindbild zum Mord, in: Stefan Hördler (Hrsg.), *SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus*, Berlin 2013, S. 184–199; Klaus Hesse, *Sichtbarer Terror – Beispiele*

sind in ihren unterschiedlichen konkreten Erscheinungsformen so vielgestaltig und kontextabhängig, dass sie nur schwer unter einem Begriff zu rubrizieren sind. Sie kommen in allen Lebensbereichen – öffentlichen wie privaten – vor und umfassen spontane wie organisierte Attacken gegen Jüdinnen und Juden, begangen von den unterschiedlichsten Tätergruppen, sie beinhalten Gewalt gegen Sachen, persönliche Schikanen, Ausschluss aus Lebensbereichen bis hin zum Mord.<sup>68</sup> Sie müssen als konstituierender Bestandteil der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft angesehen werden.

Betrachtet man die bisherigen Forschungsschwerpunkte zum Antisemitismus im Nationalsozialismus, lassen sich, grob eingeteilt, vier verschiedene Forschungsinteressen unterscheiden. Sie spiegeln, vereinfacht gesagt, die historische Entwicklung und Differenzierung des Forschungsdiskurses in der NS-Forschung wider. Bis in die späten 1990er-Jahre spielte die Gewalt gegen Jüdinnen und Juden vor 1939, verstanden als ein aktives Verdrängungsinstrument, kaum eine Rolle (1).<sup>69</sup> Im Fokus des Interesses standen Fragen zur Verfasstheit des NS-Staates, zur Verantwortung Adolf Hitlers für den

öffentlicher Gewalt gegen deutsche Juden 1933–1936 im Spiegel fotografischer Quellen, in: WerkstattGeschichte 35 (2003), S. 44–56; vgl. auch Hans-Jürgen Döscher, „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938, Frankfurt a. M. 1988; Dieter Obst, „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt a. M. 1991; Kurt Pätzold/Irene Runge, Pogromnacht 1938, Berlin 1988; Rita Thalmann/Emmanuel Feinermann, Die Kristallnacht, Frankfurt a. M. 1988; Wolf-Arno Kropat, „Reichskristallnacht“. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe, Wiesbaden 1997; Detlev Hardegen (Hrsg.), Hingesehen – weggeschaut. Die Novemberpogrome 1938 in Augenzeugenberichten, Berlin 2008; Benz, Gewalt im November 1938.

68 Beispielsweise: David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung“ und die Deutschen, Berlin 1995; Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 2003 (1972); Barkai, Vom Boykott zur „Entjudung“; Christoph Kreuztmüller, Ausverkauf. Die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in Berlin 1930–1945, 2. Aufl., Berlin 2013; Ahlheim, „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“; Fischer, Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt; Przyrembel, „Rassenschande“.

69 Siehe Eugen Kogon, Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager, 44. Aufl., Hamburg 2009 (1946); Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“, Frankfurt a. M. 1974; Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Köln 1977; Hans-Ulrich Wehler, Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen, 1919–1945, München 2009; Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde. 9. Aufl., Frankfurt a. M. 1999. Obwohl Hilberg antisemitische Gewaltattacken nicht mit in seine Schematisierung einbindet, thematisiert er auch die sogenannten Einzelaktionen: „Schacht and Frick called these party activities Einzelaktionen (isolated actions). The Einzelaktionen were without administrative significance. They fell into no administrative pattern. They accomplished no administrative objective. They did not constitute a step in an administrative process.“ Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, New York 1982 (1961), S. 53.

Genozid, zur Geschichte des deutschen Antisemitismus sowie zur Bedeutung der Shoah für das deutsche Geschichtsbild.

Erst die Etablierung der Sozial- und Alltagsgeschichte führte ab Ende der 1980er-Jahre verstärkt zur Erforschung der Lebenswirklichkeit von Jüdinnen und Juden sowie „nichtjüdischen“ Deutschen im Nationalsozialismus. Untersucht wurden vor allem das Jahr 1933 mit ersten Gewaltexzessen und Geschäftsblockaden nach der Machtübergabe sowie die flächendeckende Gewalt 1938 während der Novemberpogrome 1938 (2).<sup>70</sup>

Weitere Arbeiten hoben auch das Jahr 1935 hervor, in dem die Reichsbürgergesetze erlassen wurden und eine Häufung von Gewaltaktionen zu verzeichnen war (3).<sup>71</sup> Die Konzentration auf diese drei Jahre ließ den Eindruck eines Rückgangs antisemitischer Aktionen sowie einer Entspannung der Lage in den Jahren dazwischen entstehen und evozierte das Bild einer „Welle“ zur Beschreibung der antisemitischen Aktivitäten. Viele dieser Arbeiten deuteten antisemitische Übergriffe häufig vor dem Hintergrund nationalsozialistischer Gesetzgebung und Propaganda – beides führte zu einer fortschreitenden Verdrängung der Jüdinnen und Juden. Dabei besteht Uneinigkeit darüber, ob Gesetzgebung und Propaganda antisemitische Übergriffe befeuerten oder umgekehrt antisemitische Übergriffe die Gesetzgebung veranlassten.<sup>72</sup>

70 Siehe Arno Herzig, 1933–1945: Verdrängung und Vernichtung, in: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 307/2010, 5. 8. 2010, <http://www.bpb.de/izpb/7687/1933-1945-verdraengung-und-vernichtung> [6. 5. 2020]; Norbert Frei, Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2007 (1987); Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Frankfurt a. M. 1996; Pätzold/Runge, Pogromnacht 1938; Hans Mommsen/Dieter Obst, Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933–1943, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988; Ursula Büttner, Der Alltag der Judenverfolgung und der Anteil der Bevölkerung, in: dies. (Hrsg.), Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2003 (1992), S. 86–110.

71 Siehe Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006; Christian Gerlach, Der Mord an den europäischen Juden. Ursachen, Ereignisse, Dimensionen, München 2017; Richard J. Evans, Das Dritte Reich. Band II/2: Diktatur, München 2006; Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942, München 2003; Robert Gellately, Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, München 2002; Michael Burleigh, Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt a. M. 2000.

72 Vgl. Kurt Bauer, Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall, Wien 2008, S. 297 f.: „In der Fachliteratur ist Uneinigkeit über Ursache und Wirkung zu erkennen: Wurden die Nürnberger Gesetze primär deshalb erlassen, um den außer Kontrolle geratenen antijüdischen Terror der Parteibasis abzuschwächen und zu kanalisieren? Oder war es vielmehr so, dass sich die NS-Führung durch die geschickt angeheizten Gewaltexzesse bewusst einen Vorwand für ein Vorantreiben der antijüdischen Gesetzgebung schuf?“, Wolf Gruner, Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 75–126.

Seit den späten 2000er-Jahren macht die Forschung vermehrt auf die bisher nicht so wahrgenommene Kontinuität antisemitischer Gewalt zwischen 1933 und 1938/39 – und darüber hinaus – aufmerksam (4).<sup>73</sup> Auch wenn einige Studien die Vielzahl der gewalttätigen Aktionen der Jahre 1933, 1935 und 1938 immer noch hervorheben, steht jetzt insbesondere der Zusammenhang zwischen den antisemitischen Vorurteilen und Übergriffen der Weimarer Republik und den anhaltenden Gewalthandlungen 1934 sowie 1936/37 im Vordergrund. Die Novemberpogrome von 1938 erscheinen nicht mehr als eine überraschende Explosion der Gewalt, wenn die steigende Anzahl an antisemitischen Übergriffen der vorherigen Jahre berücksichtigt wird.

Die Konzentration auf die als Zäsuren ausgemachten Jahre beeinflusst die Forschung maßgeblich. So fallen die Resultate der Recherche für die Jahre 1930 bis 1932 auch deshalb so gering aus, weil der Hauptteil der ausgewerteten Literatur den Fokus auf die Zeit ab 1933 legt und die Jahre davor höchstens an Rande behandelt. Die zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 publizierte Literatur beschränkt sich überwiegend auf die Novemberereignisse. Viele Regionalstudien orientierten sich bis in die späten 1990er-Jahre an den in der Forschung etablierten Zäsuren. Die Akzentuierung dieser Ereignisse beeinflusste damit auch die Ergebnisse unserer Recherche. Deshalb ist es umso wichtiger, zeitgenössische Quellen für die dazwischenliegenden Jahre zu recherchieren, um die Blickrichtung der Forschung zu erweitern. Es würde sich sogar anbieten, bis auf das Jahr 1918 zurückzugehen, um die Ausschläge der Gewaltentwicklung im Längsschnitt vergleichen zu können.

Die Metapher der „Welle“ ist für historische Entwicklungen und Ereignisse problematisch, denn sie evoziert den Eindruck einer unumgänglichen Naturgewalt, eines quasi naturgegebenen, wiederkehrenden Anschwellens und Abflauens von Ereignissen, denen der Mensch hilflos ausgeliefert ist. Dies versperrt den Blick auf die menschlichen Akteure, die für die Gewalt verantwortlich waren. Das Bild der „Welle“ kennt

73 Siehe: Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Berlin 1996; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998; David Cesarani, *„Endlösung“: Das Schicksal der Juden 1933–1948*, Berlin 2016; Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“*; Reinhard Rürup, *Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung“ bis zum Zweiten Weltkrieg*, in: Arnold Paucker (Hrsg.), *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland/The Jews in Nazi Germany 1933–1943*, Tübingen 1986, S. 97–114; Wolf-Arno Kropat, *Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1988. Die Einbettung des Jahres 1933 in früher ansetzende Kontinuitäten betonen u. a.: Ahlheim, *„Deutsche, kauft nicht bei Juden!“*; Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt*; Fischer, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt*; Hambrock, *Die Etablierung der Außenseiter*; Kreutzmüller, *Ausverkauf*; Neiss, *Friedhofschändungen*, S. 90–96; Wenge, *Integration und Ausgrenzung*; Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung*.

keine Entwicklungen und Aushandlungskämpfe.<sup>74</sup> Es entspricht nicht der angemesseneren Vorstellung einer kontinuierlichen und anhaltenden Verschiebung der Grenzen des Möglichen.<sup>75</sup> Die Metapher von einer steten „Wellenbewegung“ mag angesichts der Forschungsergebnisse naheliegen, ist als Modell jedoch unterkomplex. Sie stellt die Verdrängung, Verfolgung und Vernichtung jüdischen Lebens verkürzt dar und berücksichtigt nicht die nachhaltigen Zerstörungen, den Schmerz und das Leid der Angegriffenen.

Auch die Übernahme nationalsozialistischer Begrifflichkeiten führte zu Fehlentwicklungen in der Forschung. Die Darstellung gewalttätiger Übergriffe als „Einzelaktionen“ erzeugt den Anschein gelegentlicher Vorfälle, während wir heute wissen, dass sie zum Alltag gehörten. Der sogenannte Boykott jüdischer Geschäfte war weitaus mehr als eine „passive“ Ächtung jüdischen Gewerbes. Er bedeutete die gewalttätige Verdrängung jüdischer Händler und Unternehmen. Nur die präzise Beschreibung des Geschehens bewahrt vor der stillschweigenden Übernahme eines durch Täterbegriffe geprägten Vorstellungshorizontes.

Neben den konzeptionellen Fehlstellen gilt es aber auch, geografische Lücken zu füllen. So gibt es immer noch bundesweit Regionen, zu denen keine Studien über die Zeit des Nationalsozialismus vorliegen. Trotz dieser Desiderata sollte aber festgehalten werden, dass die hier vorgestellten Ergebnisse zum großen Teil den unermüdlichen, gemeinnützigen und gegen örtliche Widerstände entstandenen Arbeiten von Geschichtswerkstätten und einzelnen Interessierten vor Ort überall im Lande zu verdanken sind.

Gewalt war im Nationalsozialismus allgegenwärtig. Selbst an Orten, an denen keine Jüdinnen und Juden wohnten, prangten Schilder, die ihnen Gewalt androhten, wenn sie diesen Ort betreten würden. Bereits 1937 waren viele der ursprünglich rund 2000 jüdischen Gemeinden des Deutschen Reichs fast aufgegeben worden. Eine gewisse Häufung der Attacken um hohe christliche Feiertage, insbesondere an Ostern und Weihnachten, verweist zudem auf die Wurzeln des Antisemitismus im Christentum. Durch die systematische Aufschlüsselung nach Ort, Jahr und Ziel der Übergriffe und der beteiligten Täter lässt sich für die Jahre 1930 bis 1938 eine „Topographie der Gewalt“ erstellen, die neben Großstädten vor allem die Gewalt und deren Ausmaß in Dörfern, Gemeinden und Kleinstädten sichtbar macht. Ob wir jemals den Umfang der Zerstörungen bemessen können, ist fraglich. Es werden also allenfalls Umrisszeichnungen der antisemitischen Gewalttaten erkennbar, die in der Tiefe jedoch noch auszuloten sind.

74 Vgl. Margarete Stokowski, *Untenrum frei*, Reinbek bei Hamburg 2016, S. 134. Stokowski kritisiert hier die „Wellen“-Erzählung der Frauenbewegung.

75 Vgl. Alexandra Przyrembel, *Von Ausrufezeichen, Tätern und Wellen. Metaphern und Bilder in der deutschen Geschichtsschreibung des Holocaust seit 1989*, in: *Historische Anthropologie* 14 (2006) 3, S. 430–440.

Die erweiterte Erforschung der Gewalt im Deutschen Reich verspricht ertragreiche Erkenntnisse. Neben der Auswertung weiterer Quellensammlungen wie z. B. Akten des CV, der Sammlungen von Hans Reichmann, Alfred Wiener oder der Karl Adler Collection<sup>76</sup> spricht vieles für eine Ausweitung des gewählten Zeitraumes. Im Längsschnitt könnte so eine Geschichte der Kontinuität rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland auch über den Nationalsozialismus hinaus geschrieben werden.

Die hier skizzierten Ergebnisse stellen erst den Anfang der Erforschung einer „Topographie der Gewalt“ dar.<sup>77</sup> Letztlich müssten sich die Informationen zu einer Karte verdichten, auf der alle rund 2000 Orte mit jüdischen Gemeinden abgebildet sind. Umso stärker würden auch die Orte ins Blickfeld rücken, an denen es Gewalt gegen Jüdinnen und Juden gab, obwohl keine jüdische Gemeinde existierte. Möglicherweise würden aber auch echte Fehlstellen sichtbar werden – Orte, in denen zwar Jüdinnen und Juden wohnten, wo es aber nicht zu Gewalttaten kam. All dies zu untersuchen wäre eine lohnenswerte Aufgabe für die Forschung.

76 AR 7276; Box Nr. V; Mappe 6–7; Leo Baeck Institute.

77 Auf Grundlage der bestehenden Datensammlung bereitet Jana Fritsche derzeit eine Dissertation zu antisemitischen Übergriffen im Deutschen Reich vor.